

14/1993

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Tarifpartner müssen an den Verhandlungstisch zurück

Aufschwungstendenzen in den USA, eine beginnende Konjunkturerholung in Großbritannien und der für Investoren besonders wichtige deutliche Zinsrückgang in Deutschland sollten nach Meinung von Bundeskanzler Helmut Kohl nicht übersehen werden, auch wenn nach zweijähriger Verzögerung Deutschland jetzt von der weltwirtschaftlichen Konjunkturschwäche eingeholt wird.

Auf der 16. Konferenz mit Wirtschaft und Gewerkschaften am 26. April im Bundeskanzleramt waren private und öffentliche Investitionen das zentrale Thema, die, wie der Kanzler sagte, der Schlüssel für den Aufbau im Osten Deutschlands und für die Schaffung sicherer Arbeitsplätze sind.

Deshalb käme es jetzt auch darauf an, die Chancen, die im Solidarpakt liegen, nicht durch eskalierende Tarifauseinandersetzungen zunichte zu machen.

Deshalb der Appell des Bundeskanzlers an die Tarifpartner der Metall- und Elektroindustrie in den neuen Bundesländern, schnell mit dem Willen zu einer angemessenen Lösung an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Helmut Kohl: „Wenn der Konflikt nicht zügig beigelegt wird, sehe ich ernste Gefahren für Tausende von Arbeitsplätzen und für die Zukunft des Standorts Neue Bundesländer.“ Der Solidarpakt habe gezeigt, daß über alle Interessenunterschiede hinweg eine Zusammenarbeit der wichtigen gesellschaftlichen Gruppen in unserem Lande möglich ist. ■

HEUTE AKTUELL

● Schubladenaffäre

Generalsekretär Peter Hintze: Die Fülle der Fragwürdigkeiten ist mittlerweile uferlos geworden. Seite 2

● Bundeswehr

Wolfgang Schäuble: Wir unterstützen die Mithilfe der Bundeswehr bei den Friedensbemühungen der UNO. Seite 4

● Umweltschutz

Technische Anleitung (TA) Siedlungsabfall verabschiedet. Seite 15

● Gesundheitsreform

Bundesminister Horst Seehofer: Wir haben rechtzeitig und richtig gehandelt. Seite 16

● Grundsatzprogramm

Auftaktveranstaltung der schleswig-holsteinischen Grundsatzprogramm-Kommission am 27. April in Kiel. Seite 22

● Dokumentation

Die Hochschulen in den neuen Ländern. Stand und Perspektiven. Grüner Teil

Generalsekretär Peter Hintze:

Die Fülle der Fragwürdigkeiten ist mittlerweile uferlos geworden

Zur Vorstellung der Dokumentation „Zeit zum Aufkla(e)ren — Engholm und die Kieler Schubladen-Affäre“ am 23. April in Bonn erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Durch die Arbeit des Untersuchungsausschusses tritt die Kieler Schubladen-Affäre in ihre entscheidende Phase. Seit Wochen sind die Verstrickungen Engholms und seiner engen Mitarbeiter in die Kieler „Chronique scandaleuse“ in aller Munde.

Es geht längst nicht mehr um Günther Jansen, Klaus Nilius oder die ominösen 40.000 Mark aus der sozial-karitativen Schublade. Es geht um Björn Engholm: um seine politische Glaubwürdigkeit, um seine Fähigkeit zur politischen Verantwortung.

Die Widersprüche, Ungereimtheiten und merkwürdigen Zufälle um Björn Engholm haben ein Ausmaß erreicht, das selbst für wohlmeinende Zeitgenossen nicht mehr nachvollziehbar ist. Zur Diskussion stehen nicht mehr nur zwei oder drei strittige Punkte oder einige wenige ungeklärte Fragen, es geht mittlerweile um ein unüberschaubares Dickicht von Fragwürdigkeiten und ominösen Querverbindungen. In der vorliegenden Dokumentation ist zusammengetragen, was in den vergangenen Monaten scheinbar publiziert wurde.

1. Zum Beispiel die Fälle, in denen Engholm nachweislich die Unwahrheit gesagt hat:

● Am 18. 9. 1987 verkündete Engholm, er habe nichts von Kontakten zwischen Rei-

ner Pfeiffer und der SPD gewußt. Am 26. 11. 1987 mußte Engholm eingestehen, daß diese Aussage nicht stimmte.

● Am 18. 9. 1987 behauptete Engholm, keinerlei Informationen über die anonyme Steueranzeige gegen ihn gehabt zu haben. Im August jedoch hatte Engholm bereits die Kopie der Anzeige auf Veranlassung des damaligen Finanzstaatssekretärs Dr. Schleifer erhalten.

2. Zum Beispiel die Widersprüche, in die Engholm sich verstrickt hat:

● Engholm behauptete zunächst, seinen Anwalt Schulz nicht von der Verschwiegenheitspflicht in bezug auf die Besprechung im Lysia-Hotel 1987 befreien zu müssen, da der Anwalt nicht in seinem Auftrag an der Besprechung teilgenommen habe. Dem widersprach Schulz in aufsehenerregender Weise in einem offenen Brief. Gegenüber dem Untersuchungsausschuß von 1987 hatte Schulz bereits erklärt, er habe an dem Treffen sehr wohl „als Rechtsanwalt von Björn Engholm“ teilgenommen.

● Schließlich erteilte Engholm Schulz doch eine Aussageerlaubnis — allerdings begrenzt auf den Tag des 7. Septembers. Sollte Schulz seinen Mandanten am nächsten Tag über das Treffen informiert haben, darf er hierüber nicht aussagen. Warum nicht?

● In der ZDF-Sendung „Was nun, Herr Engholm?“ vom 31. 3. 1993 betonte Engholm plötzlich, ihm hätten keine „handfesten“ Informationen vorgelegen. Eine auffallende Einschränkung. Was für Informationen lagen ihm dann vor?

Sofort nach Erscheinen dieser Dokumentation sind Exemplare zur Ansicht und mit der Aufforderung an die Kreisgeschäftsstellen verschickt worden, nach Bedarf zu bestellen.

Auch nach Ablauf der dabei gesetzten Bestellfrist können Sie die Broschüre beziehen:

In unserem

IS-Versandzentrum

Postfach 1328

4804 Vermold

Fax-Nr. (05423) 41521

● Bestell-Nr.: 5579

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

18,75 DM

**Zeit zum
Aufklären**

**ENGHOLM
und die Kieler
Schubladenaffäre**

Die Preise verstehen sich zuzüglich Mehrwertsteuer inkl. Versand.

3. Zum Beispiel die merkwürdigen Zufälle:

● Am 27. 7. 1987 trafen sich Pfeiffer und Nilius. Wenige Tage darauf — am 31. 7. und am 2. 8. — erkundigte sich Engholm beim Finanzamt Lübeck über die Steueranzeige gegen ihn, die von Pfeiffer inszeniert war. Wie kam er darauf, wo er doch über das Treffen Pfeiffer — Nilius nicht informiert gewesen sein will?

● Am 17. 7. 1987 trafen Pfeiffer und Nilius zusammen. Am 18. oder 19. 7. erkundigte sich Engholm bei einem pensionierten Kriminalbeamten über den Stand einer Bespitzelungsaktion gegen ihn, die von Pfeiffer inszeniert war. Auch hier wieder ein merkwürdiger zeitlicher Zusammenhang. Schon wieder Zufall?

In der Gesamtschau der einzelnen Fakten gewinnt die Affäre eine neue Dimension. Das Ausmaß, die ganze Fülle der Fragwürdigkeiten ist mittlerweile uferlos.

Es darf nichts verschwiegen, verschleiert und vertuscht werden. Engholm, der

immer demonstrativ und wortreich für Glaubwürdigkeit eintrat, muß den Maßstäben gerecht werden, die er an andere anlegt.

● Engholm muß seinem Anwalt die volle und uneingeschränkte Aussagegenehmigung für die Frage erteilen, ob und wann dieser seinen Mandanten Engholm über Kontakte wichtiger SPD-Repräsentanten zu Pfeiffer informiert hat.

● Engholm muß vor dem Untersuchungsausschuß die volle Wahrheit sagen, was er wann gewußt hat.

● Engholm muß dafür sorgen, daß dem Ausschuß umgehend alle angeforderten Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

● Engholm muß die politische Verantwortung für die Affäre tragen und Konsequenzen ziehen. Alles andere wäre ein schwerer Schaden, nicht nur für die SPD, sondern für das Ansehen der Politik insgesamt. ■

Wolfgang Schäuble:

Wir unterstützen die Mithilfe der Bundeswehr bei den Friedensbemühungen der UNO

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt und unterstützt die Entscheidungen der Bundesregierung, der Anforderung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu einem humanitären Einsatz in Somalia und der Anforderung von UNO und NATO nachzukommen, sich an der Durchsetzung des vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängten Verbots von Flügen über dem ehemaligen Jugoslawien zu beteiligen.

Ich denke, daß wir uns auf der einen Seite hüten müssen, in dieser Debatte die beiden konkreten Entscheidungen der Bundesregierung, die wir begrüßen und unterstützen, zu dramatisieren. Weder das Verbleiben von Soldaten der Bundesluftwaffe in den integrierten AWACS-Verbänden noch das Erfüllen der Bitte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen um humanitäre Hilfe durch ein Bataillon der Bundeswehr in befriedeten Gebieten in Somalia ist ein Einsatz von Soldaten der Bundeswehr, den man in seiner Gefährdungsauswirkung dramatisieren sollte. Man sollte ihn auch nicht verharmlosen. Ich warne vor beidem.

Aber auch, wenn dies richtig ist, so ist auf der anderen Seite das eigentliche Thema dieser Debatte nach meiner Überzeugung die Frage, wie wir Frieden und Freiheit heute und in der Zukunft für unser Land

und für unsere Bevölkerung sichern. Das ist die eigentliche Frage dieser Debatte. Natürlich haben sich weltpolitisch in Europa und in unserem Lande dramatische Veränderungen vollzogen. Es geht nicht darum, daß irgend jemand süchtig darauf ist, Soldaten der Bundeswehr in irgendwelche gefährlichen oder nicht gefährlichen Einsätze zu schicken, sondern es geht darum, daß wir unter verän-

Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, im Deutschen Bundestag am 21. April

derten Bedingungen den Friedensauftrag der Bundeswehr auch für die Zukunft für unser Land und unsere Bevölkerung sicherstellen wollen, nämlich Krieg unter allen Umständen zu verhindern.

Niemand macht es sich bei einer Entscheidung über humanitäre oder andere Einsätze von Soldaten der Bundeswehr leicht. Wir alle denken an die Soldaten und an die Familien der Soldaten und fühlen uns ihnen verantwortlich.

Aber zu dem, was sich in unserer Welt, in Europa und für unser Land so dramatisch verändert hat und weiter verändert,

gehört eben beispielsweise, daß es wieder möglich geworden ist — leider! —, daß mitten in Europa, ein paar hundert Kilometer von uns entfernt, ein entsetzlicher, bestialischer Krieg stattfindet und immer noch nicht verhindert werden kann. Und zu dem Schrecklichen, was sich verändert hat, gehört, daß aus nationalen und Volksgruppenkonflikten und aus religiösen Auseinandersetzungen wieder barbarischer Krieg werden kann, der im Zeichen des Ost-West-Konflikts vierzig Jahre lang so nicht möglich gewesen ist.

Was sich verändert hat, ist, daß sich die Proliferationsproblematik, insbesondere was atomare Waffen betrifft — denken Sie an die Ankündigung Nordkoreas, aus dem Sperrvertrag auszutreten —, unter ganz neuen und dramatischen Vorzeichen für uns stellt.

Was sich verändert hat, ist, daß die Stabilität in einem Europa ohne Mauer und Stacheldraht und Eisernen Vorhang bei einem so ungeheuren Gefälle — wirtschaftlich, sozial, ökologisch — nicht nur zu gigantischen Wanderungsbewegungen, die die Stabilität und den Frieden gefährden können, den inneren wie den äußeren, geführt hat, sondern daß auch ökologische Probleme — denken Sie an die Sicherheit von Kernreaktoren in dem ganzen Bereich, wo vor kurzem noch der Weltkommunismus geherrscht hat — zu dramatischen Zuspitzungen führen können.

Deswegen bleibt die Frage, und sie muß neu beantwortet werden: Wie können wir in einer solchen Welt und unter allen Umständen Frieden und Freiheit sichern? Das ist die Frage der Fragen. Dazu müssen wir mehr und bessere Antworten geben, als in dem, was die Sozialdemokraten bisher zu dieser Debatte beige-steuert haben, angelegt ist.

Wir halten die Entscheidung der Bundesregierung für richtig — insofern haben wir ja sogar Ansätze von Übereinstimmung —, daß soviel wie irgend möglich heute und morgen — hoffentlich morgen noch mehr als heute — an Sicherung von Frieden und Freiheit mit Hilfe der und durch die Vereinten Nationen erfüllt werden muß. Das gilt für Somalia, das gilt für den Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Auch hier handelt es sich um den Vollzug eines Beschlusses des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Das gilt in Kambodscha, und es soll gelten, wo immer es möglich ist.

Wenn wir die Vereinten Nationen stärken wollen, damit sie ihre Aufgabe zur Sicherung, zur Bewahrung und zur Herstellung von Frieden besser meistern können, als es heute möglich ist, dann müssen wir auch unsere Beiträge dazu leisten und können nicht jedes Mal, wenn wir dazu gefordert werden — der Generalsekretär war hier, und er hat geschrieben —, sagen: Aber das machen wir nicht, und das sehen wir anders, und das wollen wir auch nicht.

Wenn sich alle so verhalten, werden die Vereinten Nationen niemals in die Lage kommen, Beiträge zur Friedenssicherung, zur Friedensherstellung und zur Friedenswahrung zu leisten.

Ich zitiere aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem es auf Seite 15 heißt, daß wir dann, wenn man der Position der Sozialdemokraten folgen würde und wenn die Bundesrepublik Deutschland ihre Mitwirkung an dem integrierten multinationalen Verband im Rahmen einer völkerrechtlich vereinbarten Friedenssicherungsaufgabe im Augenblick der Aktion abbricht, damit den uns obliegenden Beitrag zur Friedenssicherung gerade jetzt nicht leisten würden.

Wir sind in einer Welt, die voller Gefah-

ren ist und wo es natürlich um Frieden und Freiheit nicht nur für andere, sondern in Zukunft auch für uns geht. Wer vermag denn auszuschließen, daß die Konfliktpotentiale, die es überall auf der Welt und deren es viel zu viele gibt, rasch in neue, beispielsweise diktatorische Strukturen münden und daß solche diktatorischen Strukturen dann versuchen, von der Unfähigkeit zur Lösung der Probleme im eigenen Land wieder nach außen abzulenken?

Dann sind wir schnell in ganz neuen Situationen der Friedensgefährdung auch für uns. Dann werden wir uns ganz schnell daran erinnern, daß wir Frieden und Freiheit über fast die ganze Lebenszeit meiner Generation der Tatsache verdanken, daß wir im Bündnis mit anderen Frieden und Freiheit über mehr als vier Jahrzehnte in Deutschland und Europa bewahrt haben.

Daß dies möglich war, dazu mußte die Bundesrepublik Deutschland auch und gerade in Form des Verteidigungsbeitrags durch die Bundeswehr ihren Beitrag leisten. Sonst wäre es so nicht möglich geworden.

Sonst wird es auch in Zukunft nicht möglich sein. Deswegen ist der Friedens- und Verteidigungsauftrag der Bundeswehr ganz unverändert und wird auch durch die Regierung und die Koalition überhaupt nicht verändert.

Vielmehr wird er lediglich in einer veränderten Weltlage auf diese veränderte Weltlage — und zwar in Kontinuität unserer Politik über fast vier Jahrzehnte — angewendet, um Frieden und Freiheit auch in Zukunft zu sichern.

Wir haben Frieden und Freiheit niemals für uns alleine erhalten und niemals für uns alleine bewahrt und niemals für uns alleine sichern können. Wir werden Frieden und Freiheit auch in der Zukunft nicht

alleine sichern und bewahren können.

Deswegen müssen wir in der europäischen Integration und in der atlantischen Integration bleiben. Deswegen müssen wir unsere Beiträge zur Friedenssicherung und Friedensherstellung durch die Vereinten Nationen leisten. Es gibt keinen besseren Weg, um Frieden und Freiheit auch in Zukunft zu sichern.

Weil dies so ist, dürfen wir auch in der Zukunft niemals Alleingänge machen. Das ist übrigens der Inhalt des Vorschlags der Koalition zur ergänzenden Klarstellung des Grundgesetzes, nämlich daß sichergestellt wird, daß die Bundesrepublik Deutschland niemals mehr einen militärischen Alleingang begehen kann. Dies auszuschließen, wäre doch Ihrer Zustimmung wert, so wie wir ja in unserer Initiative zur klarstellenden Ergänzung des Grundgesetzes auch vorschlagen, daß wir die Frage der Parlamentsbeteiligung an solchen Entscheidungen regeln.

Ich finde überhaupt, wir sollten uns nicht anmaßen, alle künftigen Fallgestaltungen der internationalen Politik, der Aufgabe der Friedenssicherung, in Artikeln und Absätzen des Grundgesetzes im Vorhinein zu regeln. Ich finde, wir sollten den Streit auch nicht in Karlsruhe führen — vielleicht stimmen wir darin überein —, sondern hier in Bonn politisch entscheiden.

(An die SPD gewandt:)

Aber wenn wir in Bonn politisch entscheiden wollen, dann müssen Sie natürlich den verfassungsrechtlichen Streit deblockieren. Wenn in Bonn politisch entschieden wird, dann muß die Mehrheit entscheiden; das ist das Prinzip der Demokratie. Solange Sie aber eine Position einnehmen, mit der Sie der Mehrheit untersagen wollen zu entscheiden — ob es nun die Regierung oder die Mehrheit im Bundestag ist —, wollen Sie den Streit

eben gerade nicht politisch entschieden sehen, sondern Sie wollen aus der Minderheit eine Mehrheit machen, und das ist undemokratisch.

Unsere Position, die Position der CDU/CSU, in Sachen Grundgesetz ist völlig klar. Das Grundgesetz schränkt diese Einsatzmöglichkeiten nicht ein. Deswegen hat auch das Verfassungsgericht in seinem Urteil — jedenfalls für das einstweilige Verfahren — bestätigt, daß die Entscheidung der Bundesregierung verfassungsrechtlich in Ordnung ist.

Sie haben eine Initiative zur Änderung des Grundgesetzes im Bundestag eingebracht, mit der Sie diese Entscheidung der Bundesregierung verfassungsrechtlich ausschließen wollen, und das entspricht nicht der Position, den Streit von Karlsruhe nach Bonn zu verlagern. Deswegen sollten Sie Ihre Initiative zurückziehen und unserer Initiative zustimmen. Dann können wir hier in Bonn entscheiden; dann können wir hier im Bundestag politisch debattieren und entscheiden.

Im übrigen wollen wir heute auch — und Sie können zustimmen — im Bundestag über die AWACS- und die Somalia-Entscheidung der Bundesregierung abstimmen. Sie sind herzlich eingeladen, unseren Anträgen zuzustimmen.

Ich sage noch einmal — und ich meine es wirklich im Sinne von Werben — : Helfen Sie mit, daß wir unseren Beitrag zu weltweiter, atlantischer, europäischer Zusammenarbeit in der Politik der Friedenssicherung, der Friedensbewahrung und Friedenschaffung leisten können! Helfen Sie mit, daß wir politische Auseinandersetzungen im Deutschen Bundestag austragen und entschei-

den können und nicht vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe entscheiden lassen müssen.

Es ist in der Debatte um die — zugegeben — ungewöhnliche verfassungsgerichtliche Auseinandersetzung in Karlsruhe auch an die großen außenpolitischen Auseinandersetzungen im Deutschen Bundestag in den 50er Jahren erinnert worden. Aber, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, damals waren das Auseinandersetzungen, wo zwischen Mehrheit und Minderheit, zwischen Regierung und Opposition gestritten wurde und mit Mehrheit entschieden werden konnte und mit Mehrheit entschieden worden ist. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir.

Die Abgrenzung zwischen den verschiedenen Einsatzarten wird zunehmend obsolet. Sind die Versorgungsflüge nach Sarajevo, die Luftbrücke und die Hilfsflüge nach Ostbosnien, die eindeutig humanitäre Maßnahmen sind, nicht vielleicht die gefährlichsten Einsätze, die Soldaten der Bundeswehr in ihrer Geschichte überhaupt leisten mußten, auch im Vergleich zu AWACS und im Vergleich zu Somalia?

Deswegen will ich an dieser Stelle auch für meine Fraktion noch einmal ausdrücklich Dank aussprechen: an die Soldaten der Bundeswehr in allen Einsätzen von Kambodscha bis Somalia, an die Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks und an die Mitarbeiter vieler Hilfsorganisationen, die einen humanitären Dienst für Menschenrechte, für das Überleben, auch für Frieden und Freiheit leisten.

Wir verleihen diesem Dank am besten Ausdruck, denke ich, wenn wir als zuständiger Deutscher Bundestag auch die politische Verantwortung für diese Entscheidungen übernehmen. ■

„Probleme mit der Wirklichkeit“:

Zur Hilfe verpflichtet

„Keine Frage, Deutschland muß zur Sicherung des Weltfriedens und zur Schaffung friedlicher Verhältnisse in Krisenregionen seinen Beitrag leisten.“ Mit diesen Worten erregte SPD-Chef Björn Engholm in einem Namensartikel Aufsehen und heftigen Widerspruch in der SPD. (Der Spiegel, 17/1993). Engholm deutete damit an, daß seine Partei zu einer Kurskorrektur in Sachen Bundeswehreinätze im Rahmen der UNO bereit sein könnte.

Die FAZ kommentierte: „Tastend, durch ein Gestrüpp von Bedingungen und Vorbehalten abgesichert, bewegt sich Engholm nun im Krebsgang wieder in Richtung Petersberg. Offensichtlich wollte der SPD-Chef, noch immer Kanzlerkandidat seiner Partei, Flage zeigen auf einem Terrain, auf dem sich in den vergangenen Wochen andere getummelt hatten.“ (FAZ, 26. 4. 93)

GUS = Gemeinschaft unabhängiger Sprecher

Doch kaum hatte Engholm seine Gedanken geäußert, da wurde die SPD wieder einmal ihrem Namen GUS — Gemeinschaft unabhängiger Sprecher — gerecht. Schon zuvor hatte der niedersächsische Ministerpräsident Schröder kommentiert, es sei unverständlich, warum sich die SPD im Bundestag in die Defensive haben drängen lassen. Deutschland solle in den nächsten zehn Jahren seine „eigenen Probleme lösen können und nicht in anderen Ländern intervenieren“, erklärte Schröder gegenüber der Bild-Zeitung. (19. 4. 93)

Auch in der SPD-Bundestagsfraktion war kritisch vermerkt worden, daß weder Klose noch Engholm in der Debatte des Deutschen Bundestages über Blauhelmeinsätze gesprochen hätten. (FAZ, 27. 4. 93)

Widerstand in der SPD-Linken

Scharf kritisiert wurde Engholm z. B. von Heidemarie Wieczorek-Zeul. In der Frankfurter Rundschau wies sie Spekulationen über Engholms Äußerungen zurück. Der Begriff „Schaffung friedlicher Verhältnisse“ bedeute „vorbeugende Krisenlösung“. Engholm etwas anderes zu unterschieben, sei „abwegig“. (Frankfurter Rundschau, 26. 4. 93)

Laut schallte es vor allem bei der SPD-Linken. Deren Sprecher von Larcher stellte fest, daß die SPD eindeutig bei ihrem Nein zu Kampfeinsätzen bleiben wolle: „Ich gehe davon aus, daß sich Engholm lediglich mißverständlich ausgedrückt hat. Sollte das nicht der Fall sein, muß er mit dem entscheidenden Widerstand der Parteimehrheit rechnen.“ (Express, 26. 4. 93)

Schröder contra Engholm

Inzwischen bereitet sich Gerhard Schröder auf eine Entmachtung Engholms vor. Schröder: „Engholm soll auch zu seinen Schwächen stehen“, erklärte er gegenüber der Bild-Zeitung. „Ich bin nicht auf der Suche nach einem neuen Job, aber ich beklage mich auch nicht über gesteigerte Aufmerksamkeit“ (19. 4. 93). In das Bild paßt außerdem, daß Schröder nicht bereit ist, in ein Schattenkabinett Engholms einzutreten.

SPD war nicht bereit, auf den Kompromiß der Union einzugehen

Zu dem Vorwurf des SPD-Vorsitzenden Björn Engholm, die bisherigen Beschlüsse der Gemeinsamen Verfassungskommission blieben hinter den Erwartungen zurück, erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Justizminister Herbert Helmrich:

Der Vorwurf der Verweigerungshaltung an die Adresse der Union zeigt, daß dieser nicht etwa von dem Bedürfnis nach sachlicher Kritik getragen ist. Vielmehr wird aus rein politischem Kalkül dem Andersdenkenden seine andere Meinung zum Vorwurf gemacht. Hier soll die Minderheit, die nun einmal für eine verfassungsändernde Mehrheit gebraucht wird, allein wegen des Eintretens für ihre Überzeugung verurteilt werden. Das ist in höchstem Maße undemokratisch.

Am Beispiel des Themas „Umweltschutz“ läßt sich die Haltlosigkeit der Vorwürfe Engholms illustrieren: Der Vorsitzende der SPD prangert die „starre und zu Kompromissen unfähige Haltung“ und „die Verweigerungshaltung eines Teiles der Gemeinsamen Verfassungskommission“ an.

Dem ist zu erwidern: Das Thema

„Umweltschutz“ wurde unter intensiver Beteiligung der Länder ausgiebig beraten. Zur Abstimmung standen Anträge der Länder Hessen und Bayern sowie der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Die Abstimmung hat für keinen der Anträge die erforderliche Zweidrittelmehrheit ergeben.

Bewertet man dieses Ergebnis unter dem Aspekt „Verweigerung“, sind die Anträge des Landes Bayern und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an der „Verweigerungshaltung“ derjenigen gescheitert, die sich nicht zur Aufnahme eines Gesetzesvorbehaltes verstehen wollten.

Richtig ist also: Es waren die Vorschläge der Union, die zwischen den Extrempositionen die eigentliche Kompromißlinie darstellten. Es waren die SPD-Mitglieder der Gemeinsamen Verfassungskommission, die starr auf ihrer Extremposition verharrten. Sie waren es, die nicht bereit waren, dem vermittelnden Vorschlag zu folgen. An der Blockadehaltung der SPD ist die Aufnahme eines Staatszieles Umweltschutz in das Grundgesetz gescheitert.

Ich fordere den SPD-Vorsitzenden Engholm auf, die schäbige Taktik zu beenden, durch haltlose Vorwürfe von eigenem Versagen ablenken zu wollen.

Bald höhere Gehälter im Ost-Einzelhandel

Die Gehälter der etwa 300.000 Beschäftigten im ostdeutschen Einzelhandel sollen ab Mai bei 86 Prozent des Westniveaus liegen. Auf eine Erhöhung der Einkommen um neun Prozent haben sich nach Angaben der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen HBV in Berlin die Tarifparteien in der zweiten Verhandlungsrunde verständigt. Danach steigen die Monatsgehälter um 201 Mark auf 2.431 Mark. Der Tarifvertrag soll eine Laufzeit bis zum 30. April 1994 haben.

Entlastung der Unternehmen sollen Investitionen leichter machen

Die Spitzensteuersätze müssen auf ein konkurrenzfähiges Niveau gesenkt werden, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs.

Mit der Zustimmung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages zum Regierungsentwurf eines Standortsicherungsgesetzes sind die Weichen dafür gestellt, den Körperschaftsteuerhöchst-satz auf einbehaltene Gewinne sowie den Einkommensteuerhöchst-satz für gewerbliche Einkünfte auf 44 Prozent zu senken.

Die Entlastung der Unternehmen bei den psychologisch wichtigen Spitzensteuersätzen leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Investitionsstandortes Deutschland. Deutschland ist bei den Spitzensteuern gegenüber seinen wichtigsten Konkurrenten seit Jahren ins Hintertreffen geraten.

Im Rahmen des Europäischen Binnenmarktes und der zunehmenden Internationalisierung der Märkte ist ein Handeln zugunsten unternehmerischer Investitionen deshalb dringend erforderlich. Freiräume für neue technische Entwicklungen und Investitionen werden geschaffen, der Anschluß an die Spitzentechnologien ermöglicht.

Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage und der infolge der schwachen Konjunktur geringeren Steuereinnahmen des Bundes ist eine Gegenfinanzierung durch eine Flexibilisierung der Abschreibungsbedingungen erforderlich. Die neuen Abschreibungsbedingungen entsprechen im wesentlichen denen unserer wichtigsten Konkurrenten und leisten damit ebenfalls einen Beitrag zur Angleichung der Wettbewerbsbedingungen.

Unternehmerische Investitionen sind dringend erforderlich.

Gleichwohl besteht kein Zweifel, daß bei einer Entspannung der Haushaltslage und einem Wiederanspringen der Konjunktur die Abschreibungsbedingungen mit dem Ziel der weiteren steuerlichen Entlastung der Unternehmen erneut überprüft werden müssen.

Die Ablehnung des Standortsicherungsgesetzes durch die SPD aufgrund der verschlechterten Abschreibungsbedingungen verkennt die Notwendigkeit, die Investitionstätigkeit der Unternehmen jetzt nachhaltig zu stärken und den aktuellen internationalen Herausforderungen offensiv zu begegnen.

Ministerpräsident konstatiert leichten Aufschwung

Der Umstrukturierungsprozeß in der Industrie Mecklenburg-Vorpommerns ist nach den Worten von Ministerpräsident Berndt Seite in einen „leichten wirtschaftlichen Aufschwung“ übergegangen. Wie er auf einer Tagung des Bundes Katholischer Unternehmer in Klink bei Waren sagte, habe das Land im Vorjahr fast 20 Prozent mehr Waren exportiert als 1991. Im vergangenen Jahr förderte das Land 700 Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von 2,6 Mrd. Mark.

Die Liquidität der Bundesanstalt für Arbeit sichergestellt

Aufgrund üblicher Saisoneinflüsse bleiben die Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zum Jahresbeginn grundsätzlich hinter den erforderlichen Ausgaben zurück.

Bedingt durch den konjunkturellen Abschwung, verbunden mit geringeren Einnahmen und höheren Ausgaben für Arbeitslose, sind kurzzeitige Überschreitungen der Haushaltsansätze der Bundesanstalt für Arbeit unausweichlich.

Die Bundesregierung jetzt mit Schuldzuweisungen zu überziehen, wie dies die stellvertretende DGB-Vorsitzende, Frau Engelen-Kefer, mit ihrer unseriösen Behauptung, „Bonn sei schuld an Etatüberschreitungen der Bundesanstalt für Arbeit“, versucht, entbehrt jeder realistischen Grundlage.

Julius Louven, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Dies ist schlichtweg billige Panikmache, wobei Leidtragende die verunsicherten Arbeitnehmer sind.

Allen Arbeitnehmern, arbeitslos oder beschäftigt, muß jetzt deutlich gesagt werden, daß die solidarische Arbeitslosenversicherung heute und zukünftig durch die solide Finanz- und Haushaltspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion leistungsfähig und berechenbar bleibt. Wie bisher werden deshalb kurzfristige Ausgabenspitzen durch den Bund abgedeckt.

Unsolide ist nur die Kritik des DGB.

Solide ist die Haushaltspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die wie schon im vergangenen Jahr angekündigt, jetzt im Rahmen des Nachtragshaushaltes, in den geänderten wirtschaftlichen Eckda-

ten Rechnung tragend, notwendige weitere Finanzmittel zur Verfügung stellen wird.

Wer jetzt eine Arbeitsmarkt- abgabe wie seitens des DGB Frau Engelen-Kefer fordert, muß gleichzeitig den Mut haben, den Solidarpakt aufzukündigen. Haben doch bei den Solidarpaktverhandlungen einvernehmlich alle Beteiligten auf die Einführung von weiteren Abgaben, speziell auch auf eine Arbeitsmarkt- abgabe, verzichtet. Den Solidarpakt aufkündigen kann ernsthaft niemand wollen, schon gar nicht, wenn er bei Etatüberschreitungen der Bundesanstalt für Arbeit einen sozialen Flächenbrand vermutet. Wieviel verheerender müßten daher die Folgen

Wer jetzt eine Arbeitsmarkt- abgabe wie seitens des DGB Frau Engelen-Kefer fordert, muß auch gleichzeitig den Mut haben, den eben geschlossenen Solidarpakt wieder aufzukündigen.

sein, wenn man den Ratschlägen der stellvertretenden Vorsitzenden des DGB folgen würde?

Jetzt ist nicht die Zeit für demagogische Auseinandersetzungen, sondern vielmehr die Notwendigkeit solidarischen Verhaltens aller. Daher fordere ich neben der Solidarität der wirtschaftlichen Unternehmen und Verbände auch die der Arbeitnehmer und sie repräsentierender Spitzenorganisationen bei der Überwindung der derzeitigen konjunkturellen Schwächephase. ■

Nutzungsmöglichkeiten erneuerbarer Ressourcen weiterentwickeln

Alles Leben auf der Erde hängt von der Fähigkeit der grünen Pflanzen und einiger Bakterien ab, die Sonnenenergie in Biomasse umzuwandeln und damit zu speichern. Auch unsere fossilen Rohstoffe Kohle, Erdöl und Erdgas sind gespeicherte Biomasse, die jedoch in Millionen von Jahren gebildet worden ist, während wir sie in unvorstellbar kurzer Zeit in immer größerem Ausmaß verbrauchen.

Als Abfallprodukt der Photosynthese entsteht darüber hinaus der Sauerstoff, den Menschen und Tiere zum Atmen ebenso benötigen wie die Industrie für alle Oxidationsprozesse in der Energiegewinnung und in industriellen Verfahren. Die gezielte Produktion und Verwendung von Biomasse trägt dazu bei, die Lebensgrundlagen für uns heute zu verbessern und für nachfolgende Generationen zu erhalten. Dies spricht eindeutig für die stärkere Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen.

Größtes Konfliktfeld

Die Umweltschäden durch unser Modell der westlichen Industriegesellschaften müssen der eigentliche Grund für die Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe werden. Die Diskussionen im Zusammenhang mit dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro im Juni 1992 zeigten deutlich, daß die Frage der Versorgung der Entwicklungsländer mit Energie- und Industrierohstoffen zum größten Konfliktfeld nach der Jahrtausendwende führen wird. Die heutige Asylproblematik kann nur unbedeutend sein gegenüber den Wandlungsbewegungen, die durch den Ener-

giemangel möglicherweise ausgelöst werden.

Die Diskussion um die Nutzung nachwachsender Rohstoffe zeigt deutlich, wie schwer es uns Industrieländern fällt, auf die bequemen Energie- und Industrierohstoffe Erdöl, Erdgas und Kohle zu verzichten. Ganz sicher werden diese auf lange Zeit die Basis unserer Wirtschaft und damit unseres Wohlstandes bleiben

Von Albert Probst, Vorsitzender der Kommission „Nachwachsende Rohstoffe“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

müssen. Es liegt aber in unserem eigenen Interesse, die Möglichkeiten der zumindest teilweisen Wiedereingliederung in natürliche Kreisläufe zu erkennen, weiterzuentwickeln und wo immer möglich zu realisieren.

Der Bundeskanzler hat auf dem Umweltgipfel in Rio erklärt, daß die Industrieländer den Entwicklungsländern mit Technologie helfen müssen. Insofern ist es wichtig, daß bei uns die Nutzungsmöglichkeiten der erneuerbaren Ressourcen weiterentwickelt werden, damit den Entwicklungsländern ein anderes Modell für wirtschaftlichen Wohlstand angeboten werden kann als das, welches in den Industrieländern derzeit praktiziert wird. Die Voraussetzungen für umweltfreundliche Wirtschaftssysteme sind in vielen Entwicklungsländern günstig:

- große Flächen zur Erzeugung von Biomasse,
- noch keine verfestigte Wirtschaftsstruktur auf der Basis fossiler Rohstoffe,
- weite Entfernungen sprechen eher für dezentrale Energiegewinnungssysteme, die auch Biomasse einbeziehen können.

Während wir für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe in Entwicklungsländern viel Zustimmung in den Industrieländern finden, gibt es eine starke Lobby, die die Chancen nachwachsender Rohstoffe für eine partielle Neuausrichtung der Wirtschaft in den Industrieländern selbst verhindern möchte. Dabei gibt es etliche Möglichkeiten, durch Nutzung nachwachsender Rohstoffe mehr Umweltschonung zu erreichen.

Vollwertige Ersatzprodukte

So werden in Deutschland jährlich rund 1,2 Millionen Tonnen Hydraulikflüssigkeiten und Schmierstoffe auf der Basis von Mineralölen verkauft, von denen ein sehr großer Teil in die Umwelt freigesetzt wird. Dies ist zum Teil prozeßbedingt, so bei Formentrennölen im Betonbau, bei Verlustschmierölen und Schmierfetten, bei Zweitaktmotorölen, aber auch verursacht durch Leckagen, Hydraulikunfälle und Verschütten. Diese Mineralöle sind praktisch biologisch nicht abbaubar und teilweise erheblich ökotoxisch.

Es stehen aber für viele Verwendungsbeispiele bereits vollwertige Ersatzprodukte auf der Basis von Pflanzenölen zur Verfügung, die biologisch leicht abbaubar sind und nicht ökotoxisch. Für manche Einsatzzwecke müssen diese Pflanzenöle durch Additive modifiziert werden, wofür aber bereits umweltfreundliche Additivpakete entwickelt wurden.

Auch in einem weiteren Problembereich der Industriegesellschaft könnten nach-

wachsende Rohstoffe zur Problemlösung beitragen, dem der Kunststoffabfälle. So existieren eine Reihe von Biokunststoffen, die aus Pflanzenölen, Cellulose, verschiedenen Stärkearten oder Zucker hergestellt werden und die sich alle nach Gebrauch umweltfreundlich zu Kohlendioxid und Wasser durch die Natur abbauen lassen.

Nachwachsende Rohstoffe können aber auch zur Energieversorgung in den Industrieländern einen erheblichen Teil beitragen. Das Potential der Biomasse sollte nicht gering geschätzt werden. Jährlich wachsen weltweit rund 200 Milliarden Tonnen Biotrockenmasse neu. Das ist zehnmal mehr als der Energieverbrauch der gesamten Erdbevölkerung. Auch bei uns in Deutschland steht in großem Umfang Biomasse zur Energiegewinnung bereit. Eine jüngst abgeschlossene „Technikfolgenabschätzung nachwachsende Rohstoffe“, die vom Kernforschungszentrum Karlsruhe im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt worden ist, nennt unter anderem folgende realisierbare Biomassepotentiale zur Energiegewinnung.

Gezielter Energiepflanzenanbau

Bis 2005 allein aus Überschußstroh 7,5 bis 10,5 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE), durch gezielten Energiepflanzenanbau 7,5 Millionen Tonnen SKE und aus Holz zusätzlich sechs Millionen Tonnen SKE jährlich. Bis 2030 wird ein Biomassenaufkommen aus Stroh- und Energiepflanzenanbau von 30 bis 50 Millionen Tonnen SKE für erschließbar gehalten. Das sind immerhin rund zwölf Prozent des geschätzten Energieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Das Problem der nachwachsenden Rohstoffe ist, daß sie unter den Bedingungen der Marktwirtschaft teurer sind als fossile Rohstoffe. ■

Ausgleichszahlungen für Landwirte

Die Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, den soziostrukturellen Einkommensausgleich für weitere drei Jahre zu verlängern und die dafür notwendige Gesetzesänderung als Initiativentwurf einzubringen. Der Deutsche Bundestag beriet am 22. April in erster Lesung das Änderungsgesetz zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft.

Durch den soziostrukturellen Einkommensausgleich wird den Landwirten im alten Bundesgebiet für Einkommensverluste aus Währungsveränderungen vergangener Jahre ein Ausgleich gewährt. Die Beihilfe soll im Grundsatz unverändert fortgeführt werden, weil es sich nach Vorgabe der EG um eine Ende 1995 auslaufende Maßnahme mit jährlich abnehmendem Finanzvolumen handelt.

Die Landwirte in den neuen Bundesländern erhalten wie schon in der Vergangenheit statt dessen Anpassungshilfen, um den tiefgreifenden Umstrukturierungsprozeß zu meistern.

Möglich wurde die Verlängerung der nationalen Ausgleichszahlungen, weil die Bundesregierung die Zustimmung der EG erreicht hat. Angesichts der schwierigen Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft gilt es nun, den nationalen Spielraum für Direktzahlungen an die Landwirte auszuschöpfen. Bund und Länder sind wie bisher gemeinsam in der Pflicht, wobei die Bundesländer aufgrund des verbesserten Länderanteils am Mehrwertsteueraufkommen in besonderer Weise gefordert sind, sich finanziell zu beteiligen.

Den vollen Ausgleich können die Landwirte nur dann erhalten, wenn sich die Bundesländer wie beim früheren Mehrwertsteuerausgleich mit 35 Prozent an der

Finanzierung beteiligen. Der Gesetzentwurf sieht daher eine fakultative Länderbeteiligung vor.

Wenn nun die SPD fordert, die Finanzmittel für investive Zwecke bereitzustellen und damit auf wenige Betriebe zu beschränken, ist dies ein durchsichtiges Manöver, um von der mangelnden Bereitschaft der SPD-geführten Bundesländer zur Mitfinanzierung abzulenken. Im übrigen war es gerade die Opposition, die jahrelang direkte Zahlungen an die Landwirte anstelle der Preissicherung im Rahmen der EG-Marktordnungen gefordert hat.

Einkommensausgleich erhöht

Egon Susset, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wir haben durchgesetzt, daß der Einkommensausgleich von den notwendigen Einsparungen im Rahmen des föderalen Konsolidierungsprogrammes nicht tangiert wird, damit die unmittelbar einkommenswirksamen Leistungen den Landwirten zugute kommen.

Wie wichtig die Ausgleichsmaßnahmen für die Landwirte sind, wird an dem Finanzvolumen deutlich. Für 1993 geht es um 1,025 Milliarden Mark Bundesmittel für den Einkommensausgleich in den alten Ländern, der sich bei voller Beteiligung der Länder auf 1,577 Milliarden Mark erhöht.

Für die neuen Bundesländer hat der Bund Anpassungshilfen in Höhe von 385 Millionen Mark vorgesehen, die die Bundesländer entsprechend auf bis zu 592 Millionen Mark erhöhen können. Entsprechend den Vorgaben der EG ist das gesamte Beihilfevolumen in den Jahren 1994 und 1995 um je ein Drittel abzubauen. ■

TA Siedlungsabfall verabschiedet

Die Bundesregierung hat am 21. April die Technische Anleitung (TA) Siedlungsabfall in der Fassung, der der Bundesrat am 12. Februar 1993 zugestimmt hat, beschlossen. Die Verwaltungsvorschrift kann somit am 1. Juni 1993 in Kraft treten.

Sie enthält bundesweit gültige Vorgaben zur Verwertung von Abfällen, zur technischen Ausstattung von Deponien und zur Beschaffenheit abzulagernder Restabfälle. Mit der TA Siedlungsabfall wird das Ende der klassischen Hausmülldeponie eingeläutet, die in der Vergangenheit durch problematische Sickerwässer und Deponiegase zur Gefährdung von Mensch und Umwelt geführt hat.

Zukünftig dürfen auf Deponien nur noch reaktionsträge (erdkrustenähnliche) Stoffe abgelagert werden, um Deponien nicht zu Altlasten von morgen werden zu lassen. Dies erfordert für die meisten Abfälle eine Vorbehandlung in einer Abfallverbrennungsanlage, erst danach darf abgelagert werden.

Strenge Maßstäbe

Bundesumweltminister Töpfer betonte, daß er sich mit der Mehrheit der Bundesländer einig sehe, daß es derzeit keine Alternative zur Behandlung von Restmüll in Abfallverbrennungsanlagen gebe. Diese Anlagen können mit ihrer modernen Technik wirkungsvoll zur Entlastung der Umwelt von Schadstoffen beitragen. Andere, alternative Verfahren haben bis heute noch nicht nachgewiesen, daß ihr Einsatz zu weniger Umweltbelastung führen würde. Daneben setzt die TA Siedlungsabfall strenge Maßstäbe an die Errichtung und technische Ausstattung von Deponien.

Töpfer bedauerte allerdings nachdrücklich, daß der Bundesrat die im Regierungsentwurf enthaltenen Vorgaben zur Abfallvermeidung und zur Aufstellung integrierter Abfallwirtschaftskonzepte mit wenig überzeugenden Begründungen ersatzlos gestrichen habe. Gerade mit diesen Bestimmungen sollte erreicht werden, daß die Abfallmengen, die in Abfallverbrennungsanlagen behandelt werden müssen, weitmöglichst verringert werden.

Angesichts des drohenden Entsorgungsnotstandes hält Töpfer zudem die Entscheidung des Bundesrates für nicht sachgerecht, die Fristen für die Umsetzung der kostenmäßig zu Buche schlagenden Teile der Verwaltungsvorschrift um vier Jahre zu verlängern.

Wichtige Weichenstellung

Kosten der Umsetzung entstehen insbesondere in den Regionen, in denen die Belange einer modernen Abfallwirtschaft bislang zu kurz gekommen sind.

Bundesumweltminister **Klaus Töpfer**: Mit dem Inkrafttreten der TA Siedlungsabfall erfolgt eine weitere entscheidende Weichenstellung zur Lösung der derzeit noch drängenden Abfallprobleme. Die TA Siedlungsabfall trägt nicht nur zur drastischen Reduzierung des Deponiebedarfs und damit zur Schonung von wertvoller Landschaft bei, sondern verringert auch die Abhängigkeit von Abfallexporten. Eine verlässliche Abfallentsorgung ist, nicht zuletzt im Hinblick auf die neuen Bundesländer, auch ein positiver Ansiedlungsfaktor für Unternehmen. Länder und Kommunen fordere ich im Interesse der Entsorgungssicherheit zur raschen Umsetzung des derzeit besten Standes der Technik in der Abfallentsorgung auf, wie ihn die TA Siedlungsabfall vorgibt. ■

Bundesminister Seehofer: Wir haben rechtzeitig und richtig gehandelt

Die Erfahrungen in den ersten Monaten dieses Jahres weisen aus, daß das Gesundheitsstrukturgesetz wie beabsichtigt greift. Zwar liegen noch keine exakten Zahlen über die finanzielle Entwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung vor, dennoch machen die Erfahrungen der einzelnen Leistungsbebereiche deutlich, daß gespart wird, ohne daß Qualitätseinbußen in der notwendigen medizinischen Versorgung auftreten.

Obwohl der allgemeine Beitragssatz bis zur Jahreswende im Laufe des vergangenen Jahres auf den Rekordhöchststand von jetzt 13,4 Prozent gestiegen ist, haben die Krankenkassen das Jahr 1992 mit einem Defizit von rund 9 Mrd. DM abgeschlossen. Es hat also einen Rekordbeitragssatz mit Rekorderneinnahmen und trotzdem ein Rekorddefizit gegeben.

Um das einmal in Zahlen auszudrücken:

- bei den Arzneimitteln gab es einen Ausgabenzuwachs von 9 Prozent,
- bei den Heil- und Hilfsmitteln lag der Zuwachs bei 10,5 Prozent,
- beim Zahnersatz steigen die Ausgaben sogar um 18,8 Prozent,
- die ärztlichen Honorare sind um 7,3 Prozent gewachsen und
- bei den Krankenhausausgaben gab es ein Plus von 8,8 Prozent.

Ohne die Einsparungen, die das Gesundheitsstrukturgesetz bringen wird, hätten wir am Ende dieses Jahres in der gesetzlichen Krankenversicherung ein Defizit von 20 Mrd. DM. Ein Betrag, der für andere Zwecke, für Investitionen und neue Arbeitsplätze nicht zur Verfügung stünde.

Auch in den neuen Ländern unterstreicht die aktuelle Finanzentwicklung die Notwendigkeit einer angemessenen Ausgabebegrenzung. Denn nachdem im Jahr 1991 noch ein Überschuß von 2,8 Mrd. DM zu verzeichnen war, gab es 1992 bereits ein Defizit von rd. 200 Mio. DM. Auch das zeigt, wie notwendig rasches Handeln war.

Noch liegen uns keine detaillierten Zahlen über die Auswirkungen des Gesetzes vor. Fest steht auf jeden Fall: Das Gesundheitsstrukturgesetz greift, und die

Erklärung des Bundesgesundheitsministers anlässlich der diesjährigen Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen

Versorgung der Patienten ist sichergestellt. Das zeigen die abflachenden Steigerungsraten in den meisten Leistungsbe- reichen im 4. Quartal 1992.

Arzneimittel- und Heilmittelbudget
Beim Arzneimittelbudget steht für 1993 ein Betrag von 24,1 Mrd. DM zur Verfügung. Das sind etwa 3 Mrd. DM weniger als 1992. Allerdings entfallen davon 2 Mrd. auf die erhöhten Zuzahlungen und die Preisabsenkungen, so daß gegenüber 1992 effektiv 1 Mrd. DM eingespart werden muß. Das ist $\frac{1}{27}$ des gesamten Verordnungsvolumens des Jahres 1992.

Das Ausgabenvolumen für Heilmittel, das 1992 bei 3,85 Mrd. DM lag, kann aus heutiger Sicht sogar geringfügig höher sein. Eine Beeinträchtigung der Therapiefreiheit oder eine Ausgrenzung medizi-

nisch notwendiger Leistungen gibt es demnach nicht.

Ich bin froh, daß mittlerweile auch namhafte Vertreter der deutschen Ärzteschaft klargestellt haben, daß selbstverständlich medizinisch notwendige Leistungen auch weiterhin verordnet werden können.

Umsetzung des Gesundheitsstrukturgesetzes: Bewährungsprobe für die Selbstverwaltung

Eine erste Bilanz nach 4 Monaten Gesundheitsstrukturgesetz ist ermutigend:

- Der dreiseitige Vertrag zum ambulanten Operieren liegt vor. Die Selbstverwaltung hat innerhalb der Dreimonatsfrist gehandelt. Sicherlich ist der Katalog noch überarbeitungsbedürftig. Aus gutem Grund ist deshalb vorgesehen, den Katalog bis zum 30. 6. 1993 zu überprüfen.

- Ein erster Entwurf zur Änderung der Bundespflegesatzverordnung mit Katalogen für rd. 40 Fallpauschalen und 160 pauschalierte Sonderentgelte wird zügig vorgelegt (erster Diskussionsentwurf einer novellierten Bundespflegesatzverordnung mit Katalogen von Sonderentgelten und Fallpauschalen zum 1. Juni 1993).

- Anfang April konnte in einigen Regionen erstmals die Krankenversichertenkarte eingeführt werden und den Krankenschein ablösen.

- Auch die vom Bundesausschuß Ärzte/Krankenkassen bzw. Zahnärzte/Krankenkassen inzwischen vorgelegten Bedarfsplanungs-Richtlinien werden wir zügig prüfen.

Zahnärztliche Versorgung

Defizite gibt es bislang bei der Umsetzung des Gesundheitsstrukturgesetzes leider wieder einmal im Bereich der zahnärztlichen Versorgung. In den letzten Monaten hat es eine Blockadepolitik ein-

zelner kassenärztlicher Vereinigungen gegeben, die sich weigerten, das Gesundheitsstrukturgesetz umzusetzen.

Risikostrukturausgleich

Auf Hochtouren laufen auch die Vorbereitungsarbeiten für den Risikostrukturausgleich. Er ist ein Eckpfeiler der Organisationsreform. Das Bundesgesundheitsministerium wird rechtzeitig eine Rechtsverordnung vorlegen, mit der die Einheiten des Risikostrukturausgleichs für 1994 geregelt werden (Diskussionsentwurf noch im Mai).

Neuordnung des Kassenwahlrechts

Die Neuordnung der Kassenwahlrechte ab 1996/97 hat die Kassenlandschaft bereits in Bewegung gebracht: Bei allen Kassenarten werden Strategien zur Vorbereitung auf die neue Wettbewerbssituation entwickelt. Vor allem bei den Ortskrankenkassen werden auf breiter Basis Kassenzusammenschlüsse erörtert. Zahlreiche AOK-Landesverbände haben hierzu bereits richtungsweisende Beschlüsse gefaßt.

Alles in allem zeigt sich die Bereitschaft der Selbstverwaltung, das Heft in der Gesundheitspolitik in die Hand zu nehmen und das Gesundheitsstrukturgesetz zügig umzusetzen. In vielen anderen Bereichen laufen die Verhandlungen auf Hochtouren. Weitere Abschlüsse stehen kurz bevor.

GKV 2000

Die mit dem Gesundheitsstrukturgesetz eingeleiteten strukturellen Maßnahmen müßten für die Zukunft der Gesetzlichen Krankenversicherung fortgeführt werden. Deshalb ist der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen mit einem Gutachten beauftragt worden, wie die Krankenversicherung für die Zukunft wetterfest gemacht werden kann. ■

Kolloquium in Brüssel: Plädoyer für eine europäische Senioren-Union

Mit der Annahme eines zusammenfassenden Entschließungsantrages haben die Teilnehmer des von der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und der Konrad-Adenauer-Stiftung am 15. und 16. April 1993 in Brüssel veranstalteten Kolloquiums ihre Arbeiten abgeschlossen.

Der unter dem Vorsitz von Bernhard Worms, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, angenommene Antrag stellt die grundsätzlichen seniorenpolitischen Positionen der Christlichen Demokraten für die Zukunft dar. Er befürwortet unter anderem „die Schaffung einer Vereinigung älterer Menschen, damit sie sich auf allen Ebenen, einschließlich der europäischen, Gehör verschaffen und ihre Bedürfnisse artikulieren können“.

Weiterhin enthält der Antrag eine Reihe von Vorschlägen, die im Rahmen des Europäischen Jahres der älteren Menschen, vor allem an die Europäische Gemeinschaft gerichtet sind, wie etwa die Schaffung eines europäischen Senioren-ausweises, eine europäische Initiative gegen Diskriminierung aus Altersgründen und ein besonderes Aktionsprogramm zugunsten älterer Menschen sowie die Überprüfung der geltenden Richtlinie über das Wohnsitzrecht von Ruhegehaltsempfängern, um eine echte Freizügigkeit unter Berücksichtigung der Kranken- und Altersversicherung sicherzustellen.

Auch sollen die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft stärker zugunsten der älteren Menschen zusammenarbeiten.

Der Entschließungsantrag spricht sich weiter für eine flexiblere Gestaltung der Dauer des Arbeitslebens aus. Hinsicht-

lich der Ruhestandsbezüge solle besonders die Situation von Frauen berücksichtigt werden, die keine ausreichenden Rentenbeiträge eingezahlt haben, und ein sozialer Schutz für ältere Menschen mit nicht ausreichendem Einkommen garantiert werden.

Familien, die ältere Menschen betreuen, sollen besondere Hilfe erhalten und materiell, medizinisch und steuerlich unterstützt werden, auch sollen die Sozial- und Heimpflegedienste ausgeweitet werden, damit ältere Menschen so lange wie möglich im familiären Umfeld bleiben können.

Für die Schaffung einer Europäischen Senioren-Union als Dialog- und Aktionsforum und damit als eine politische Plattform hat die seniorenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, **Brigitte Langenhagen** plädiert.

Die älteren Menschen seien aufgefordert, ihre Interessen auch auf europäischer Ebene zu vertreten und politische Akzente zu setzen, damit die europäische Politik künftig nicht nur für, sondern auch mit den älteren Menschen gemacht werde.

Bei der europäischen Seniorenpolitik gehe es um einen gemeinsamen, globalen Ansatz, der alle Lebensphasen und Lebensbereiche umfassen muß, um deren sektorale Abgrenzung gegeneinander zu verhindern. Seniorenpolitik müsse daher als ein integraler Bestandteil aller politischen Bereiche behandelt werden.

Die Veranstaltung dieses Kolloquiums sei ein Ausdruck dafür, daß die Idee einer europäischen Interessenvertretung der älteren Menschen in Europa bereits Gestalt gewonnen habe.

Mittlerweile mehr als 50.000 Mitglieder in der Senioren-Union

Anlässlich des 5. Gründungstages der bundesweiten Senioren-Union der CDU Deutschlands erklärte deren Bundesvorsitzender, Bernhard Worms:

Das veränderte Altersbild der älteren Generation hat entscheidend dazu beigetragen, daß vor fünf Jahren die Senioren-Union als einzige politische Vereinigung älterer Menschen einer im Deutschen Bundestag vertretenen Partei bundesweit gegründet worden ist. Mittlerweile hat die Senioren-Union mehr als 50.000 Mitglieder und ist damit unübersehbar zum Partner und Anwalt älterer Menschen in Deutschland und in Europa geworden.

Als Partner setzt sich die Senioren-Union für das Gemeinwesen ein und legt Wert darauf, Mitverantwortung in Politik und Gesellschaft zu übernehmen. Als Anwalt der älteren Generation setzt sich die Senioren-Union für eine Politik ein, die das Ziel hat, bei der Verwirklichung der

Potentiale eines jeden älteren Menschen — unabhängig von seiner jeweiligen Lebenslage — zu helfen.

Mit 342 Kreisverbänden in 16 Landesverbänden ist heute die Senioren-Union nicht nur flächendeckend vorhanden, sondern wirkt auch auf allen Ebenen politisch im Interesse älterer Menschen. So wurde die Urlaubsvertretung für Pflegende in der Familie ebenso durchgesetzt wie die qualitative Verbesserung in der Ausbildung zum Beruf des Altenpflegers und die Novellierung des Heimgesetzes.

Entscheidend hat die Senioren-Union mitgewirkt, daß diskriminierende Begriffe aus dem ehemaligen Vormundschafts- und Entmündigungsgesetz beseitigt worden sind und das heutige Betreuungsgesetz geschaffen worden ist. Wörtlich sagte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union: Die Senioren-Union hat viel erreicht.

Renten werden zum 1. Juli 1993 angehoben

Das Bundeskabinett hat am 21. April auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Rentenanpassungsverordnung 1993 beschlossen.

Danach sollen zum 1. Juli 1993 die Renten in den alten Bundesländern netto um 3,86 Prozent erhöht werden. In den neuen Bundesländern werden die anpassungsfähigen Renten aus der Rentenversicherung netto um 14,24 Prozent angehoben. Damit erreicht die verfügbare Standardrente in Ost-

deutschland 72,7 Prozent der vergleichbaren Westrente.

„Der Sozialstaat Deutschland wächst weiter zusammen und die Rente wächst mit“, erklärte Blüm zu der Verordnung. „An den Prinzipien der Rentenreform wird auch in schwieriger Zeit nicht gerüttelt. Für ihre wohlverdiente Rente brauchen die alten Menschen niemandem Dankeschön zu sagen. Dafür haben sie hart gearbeitet. Und die Rentnerinnen und Rentner können sich darauf verlassen: Die Rente ist und bleibt sicher.“

Helmut Kohl würdigt Kai-Uwe von Hassel

Im Rahmen eines festlichen Empfanges im Konrad-Adenauer-Haus hat der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, den Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel anlässlich dessen 80. Geburtstags gewürdigt.

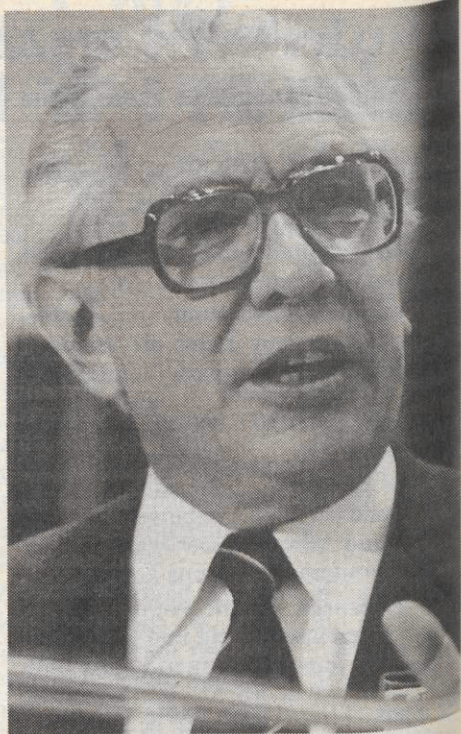
Kohl sprach vor über 800 geladenen Gästen, darunter führende Vertreter aus Politik und Wirtschaft, Parlamentspräsidenten, ehemalige und amtierende Minister, hohe Vertreter aller großen Religionsgemeinschaften und des Diplomatischen Corps sowie viele Freunde und Weggefährten des CDU-Politikers der ersten Stunde.

Der Bundeskanzler ging in seiner Laudatio zunächst auf den Lebensweg des Jubilars ein: Der 1913 als Sohn eines Pflanzers in Ostafrika geborene von Hassel entschied sich nach dem Abitur zunächst ebenfalls für eine Ausbildung als Pflanzenkaufmann und ging nach Afrika. Den 2. Weltkrieg beendete er als Leutnant in Kriegsgefangenschaft. Schon bald danach engagierte er sich auf kommunalpolitischer Ebene und wurde 1947 Bürgermeister von Glücksburg/Schleswig-Holstein.

1954 Ministerpräsident

Schon 1954 wurde er Ministerpräsident dieses Bundeslandes. Der Bundeskanzler würdigte hier vor allem v. Hassels Aufbauleistung bei der Integration Hunderttausender von Flüchtlingen sowie die damals Aufsehen erregende Interessenregelung für die dänische Minderheit.

Von 1955 bis 1964 war von Hassel Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holstein, seit 1956 auch Stellvertreter des Parteivorsitzenden Konrad Adenauer.



1963 wurde von Hassel zum Bundesverteidigungsminister in Bonn berufen, 1966 übernahm er das Vertriebenenressort.

1969 wurde von Hassel dann zum Präsidenten des Deutschen Bundestages gewählt, wo er sich vor allem um die Einführung von „Verhaltensregeln“ für Parlamentarier bemühte und engagiert auf die Pflege des politischen Stils hinwirkte.

Später widmete sich von Hassel vor allem der Europapolitik, so 1977 als Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und als Präsident der Parlamentarischen Versammlung der WEU.

In seiner mit großem Beifall bedachten Dankesrede ging der Jubilar auf die ihm besonders am Herzen liegenden Themen „Zukunft des Parlamentarismus“ sowie die Bildungspolitik ein.

Entscheidender Fortschritt bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung

Am 21. April 1993 hat das Kabinett dem vom Bundesministerium für Frauen und Jugend vorgelegten Entwurf eines Gleichberechtigungsgesetzes zugestimmt. Damit ist der Weg frei, das Gleichberechtigungsgesetz wie geplant in dieser Legislaturperiode zu verabschieden.

Mit diesem Gesetz wird die Frauenförderung im öffentlichen Dienst des Bundes auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Die im Gesetz vorgeschlagenen Maßnahmen bedeuten einen entscheidenden Fortschritt bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Die Regelungen reichen von der Frauenförderung und der verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer in der Bundesverwaltung über die wirksamere Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen in der Privatwirtschaft und den Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz bis zu Regelungen über die verbesserte Repräsentanz von Frauen in Gremien im Einflusbereich des Bundes. Auch die Befugnisse des Betriebs- und Personalrates bei der Frauenförderung konnten gestärkt werden.

Begrüßenswert ist, daß auf starre Quotenregelungen verzichtet wurde. Die Quote widerspricht dem Selbstverständnis der Frauen. Die flexible Zielvorgabe wird der konkreten Situation gerechter und wird ebenso den Anteil der Frauen — auch in leitenden Funktionen — erhöhen.

Unternehmen aus der Privatwirtschaft sollten weder aus rechtlichen noch aus wirtschaftlichen Gründen zu einer Frauenförderung analog dem öffentlichen

Dienst verpflichtet werden. Allerdings hoffen wir, daß die Frauenförderung des Bundes auch in anderen Bereichen Nachahmung findet. Regelungen, die dagegen das Gleichbehandlungsgebot bei Stellenbesetzungen und den Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz betreffen, finden auch in der Privatwirtschaft Anwendung.

Claudia Nolte, frauen- und jugendpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wünschenswert ist aus unserer Sicht nach wie vor eine steuer- oder rentenrechtliche Regelung zur Förderung des sozialen Ehrenamtes. Trotz der angespannten Haushaltslage der

Bundesfrauenministerin

Angela Merkel: „Die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist und bleibt eine der wesentlichen gegenwärtigen Aufgaben unserer Gesellschaft. Das Gleichberechtigungsgesetz wird die praktische Frauenpolitik voranbringen. Seine Verabschiedung zählt zu meinen wichtigsten Anliegen in dieser Legislaturperiode.“

öffentlichen Hand sollten Prioritäten neu überdacht werden.

Erforderlich ist, daß es auch in der Öffentlichkeit eine Bewußtseinsbildung für die Gleichberechtigung von Frau und Mann geben muß. Wie lange letztendlich die Umsetzung der Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft dauern wird, hängt ganz entscheidend von jedem einzelnen ab. Das Gleichberechtigungsgesetz ist hierzu ein wichtiger Schritt!

Ottfried Hennig:

SPD-Verweigerungshaltung setzt Ansehen Deutschlands aufs Spiel

Ottfried Hennig, der in der Grundsatzprogrammkommission die Arbeitsgruppe V leitet, in der die Themen der Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik behandelt werden, hat die neue Rolle des vereinten Deutschlands in der Welt als „Partner mit gleichen Rechten und Pflichten in der internationalen Gemeinschaft“ definiert.

Dies sei zur Zeit noch nicht der Fall, stellte Hennig fest. Er kritisiert in diesem Zusammenhang die „destruktive Verweigerungshaltung der SPD, die sich mit vorgeschobenen verfassungsrechtlichen Bedenken aus der internationalen Verantwortung abmeldet“. Die jüngsten mißverständlichen Aussagen des angeschlagenen SPD-Vorsitzenden Engholm zeigten im Kern, wie wenig die SPD bereit sei, die gewachsene Verantwortung des wiedervereinigten Deutschland in der Welt anzunehmen und in praktische Politik umzusetzen. Damit setze die SPD allein aus parteitaktischem Kalkül Deutschlands Ansehen in der Welt aufs Spiel.

Dieses Ansehen habe in den vergangenen Monaten ohnehin durch die innenpolitischen Auseinandersetzungen über die Rolle der Bundeswehr gelitten. Die Debatten gefährdeten Deutschlands internationale Handlungsfähigkeit. Deutschland müsse mit seiner Bundeswehr alle Rechte und Pflichten der internationalen Völkergemeinschaft wahrnehmen, „um Frieden zu erhalten und zu schaffen“.

Hierfür sei eine Änderung der Verfassung wünschenswert, um durch Klarstellungen

künftige verfassungspolitische Debatten über mögliche Einsätze der Bundeswehr von vornherein zu vermeiden. Unabhängig davon seien die Beteiligten der Bundeswehr an AWACS-Aufklärungsflügen über Bosnien und an humanitären Einsätzen in Somalia durch das Grundgesetz gedeckt. Die Diskussionen der vergangenen Wochen über diese Einsätze hätten diejenigen vom Zaun gebrochen, „die sich hinter verfassungspolitischen Bedenken verstecken, weil ihnen der Mut zu einer klaren politischen Haltung fehlt“, sagte Hennig.

Eine Verfassungsänderung müsse jedoch Deutschlands vollständige internationale Handlungsfähigkeit gewährleisten. „Eine

Auftaktveranstaltung der schleswig-holsteinischen Grundsatzprogrammkommission am 27. April in Kiel

Beschränkung auf Blauhelm-Einsätze ist halbherzig und findet nirgendwo in der Welt Verständnis“, warf Hennig der SPD vor.

Insbesondere deren Vorsitzender Engholm habe mit seinen widersprüchlichen Aussagen zu diesem Thema zur Verunsicherung gerade unter den Soldaten sehr stark beigetragen. Sie hätten Anspruch auf klare politische Vorgaben, die die CDU ihnen im neuen Grundsatzprogramm geben wolle.

Das Schicksal der Menschen auf dem

Balkan, die unter dem Völkermord der Serben leiden, verpflichte auch Deutschland zu aktivem Einsatz für den Frieden im Rahmen internationaler Maßnahmen, meinte Hennig. Gleichzeitig sei der Krieg in Bosnien und die weitgehend hilflose Reaktion der EG eine eindringliche Mahnung, die Wirksamkeit europäischer Institutionen nachhaltig zu steigern.

Das Ziel der CDU sei die Europäische Union mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Dies liege nach Hennigs Auffassung auch im deutschen Sicherheitsinteresse. Hennig äußerte die Hoffnung, daß Europa den Weg zur Union ohne Rückschläge weiter beschreite. Er erwarte eine überzeugende Zustimmung der Dänen zu Maastricht und den ergänzenden Verabredungen von Edinburgh im EG-Referendum am 18. Mai.

Das neue Grundsatzprogramm der CDU werde auf die neuen Anforderungen an die deutsche Politik nach der Wiedervereinigung eindeutige Antworten geben. „Damit unterstreicht die CDU ihren Anspruch als führende Partei, die Deutschlands Verlässlichkeit und Berechenbarkeit in der europäischen und in der internationalen Politik gewährleistet“, erklärte Otfried Hennig.

Programmdiskussion wird auch mit externen Verbänden geführt

In die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm der CDU hat die schleswig-holsteinische CDU auch externe Organisationen und Verbände des Landes eingeladen.

Wie die Vorsitzende der Landes-Grundsatzprogramm-Kommission, Ursula Röper, MdL, erklärte, seien zahlreiche Organisationen angeschrieben und um

Programm-Diskussion

● Leitfaden zur Grundsatzprogramm- diskussion (Materialien 1)

Bestell-Nr. 3570

Verpackungseinheit: 10 Exemplare

Preis je Einheit: 13 DM.

● Materialien 2: Zahlen, Daten, Fakten, Prognosen

Bestell-Nr.: 3574

Verpackungseinheit: 5 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit:

29,50 DM.

● Materialien 3 (Die CDU und das „C“) zum Grundsatzprogramm werden in Kürze erscheinen.

schriftliche Stellungnahmen gebeten worden. Viele hätten sich bereits gemeldet. Die Verbände seien außerdem zu einer Diskussion mit dem Vorsitzenden der Grundsatzprogrammkommission der Bundespartei, Reinhard Göhner, eingeladen worden.

Engagierte Diskussion

Auch innerparteilich laufe die Diskussion des neuen Grundsatzprogrammes sehr engagiert. In allen Kreisverbänden der CDU Schleswig-Holstein gebe es eigene Arbeitskreise. Darüber hinaus werde das neue Grundsatzprogramm in den Landesarbeitskreisen der CDU ebenso beraten wie in den verschiedenen Vereinigungen auf Kreis- und Landesebene.

Der Fahrplan der CDU Schleswig-Holstein sieht eine umfassende Diskussion in den Kreisverbänden und Vereinigungen bis Mitte September vor. Im Januar soll dann ein Landesausschuß über die schleswig-holsteinischen Änderungsanträge für das neue Grundsatzprogramm beraten, das beim Bundesparteitag im Februar 1994 in Hamburg verabschiedet werden wird. ■

Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden

Infotainment-Show im neuen Congress-Centrum in Bremen

POLITIK
WEIBLICH

EINE INITIATIVE DER CDU IM BUNDESLAND BREMEN



„Umwelt und Urlaub“ lautete das Thema der Infotainment-Show, die letzten Monat im Rahmen der Modellaktion „Politik weiblich“ im neuen „Congress-Centrum Bremen“ stattfand.

Die gelungene Mischung aus Information und Unterhaltung war dabei so richtig nach dem Geschmack der rund 200 Gäste. Kein Wunder: Über 1.000 Teilnehmer der „Politik weiblich — Straßenumfrage“ hatten die Themen „Umwelt“ und „Kinderbetreuung“ an die Spitze ihrer Prioritätenkataloge gesetzt und damit das Thema „Umwelt und Urlaub“ indirekt vorgegeben.

Die Modell-Aktion „Politik weiblich“, die von den Bremer Christdemokraten in Zusammenarbeit mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle durchgeführt wird, läuft seit vergangenem Herbst. Nach Straßenumfrage und Diskussionsveranstaltung „Gewalt gegen Frauen“ stand nun die

Infotainment-Show auf dem Programm: Themen-Interviews wechselten sich dabei mit Musik- und Tanzeinlagen der Tanzsportgemeinschaft Bremerhaven ab.

Zu den Interview-Gästen gehörten auch Ulrike Schreiber, Vorsitzende der Frauen-Union, und Ulrich Nölle, Vize-Präsident der Bremischen Bürgerschaft. Mit diesen diskutierte Moderator Philipp Baum vom ZDF in locker-freundlicher Runde über frauenpolitische Themen und die politische Situation in Bremen. Über die Themen „Umweltschonendes Reisen“, „Kinderfreundlicher Urlaub“ und „Fliegen ab Bremen“ informierten Gesprächspartner von Hapag-Lloyd, TUI/Robinson-Club und vom Flughafen Bremen. Unter den Besuchern wurden interessante Reisen verlost. Besonderer Leckerbissen für die Gewinner: Gemeinsam mit Ulrike Schreiber und Ulrich Nölle durften sich diese im Karaoke versuchen. Und dies — erwartungsgemäß — zur großen Freude der Zuschauer.



Kritische Töne: Der Reisejournalist Klaus Bötig (rechts) plädierte im Gespräch mit Moderator Philipp Baum für mehr Umweltbewußtsein bei Veranstaltern und Urlaubern.



Karaoke für alle: Das ließen sich Martina und Dagmar Breiling (von links) nicht entgehen und servierten eine gelungene Interpretation von „That's what friends are for“.

Abschiedsfeier für Wilhelm Staudacher

Mit den Grüßen und dem Dank des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, verabschiedete Generalsekretär Peter Hintze am 26. April vor den Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses und vielen Freunden Wilhelm Staudacher aus dem Amt des Bundesgeschäftsführers der CDU.

Staudacher übernimmt ein neues Amt und wird als Staatssekretär der Bevollmächtigte des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund.

Die Mitarbeiter der Landesvertretung werden an ihm erleben, so der Generalsekretär in seiner Rede, was fast alle, die mit ihm zu tun hatten, an ihm „toll fanden“: seine engagierte menschliche Art, die Bereitschaft, sich um den einzelnen und dessen Anliegen zu kümmern und ihn nicht als Fall oder nur Vorgang zu sehen.

Kein bequemer Job

Nachdem er sechs Jahre die Außenstelle des Instituts für Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung in München geleitet hatte, kam Staudacher 1979 als Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises in die CDU-Zentrale, in einer spannenden Zeit der Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung und der Diskussion um eine Antwort auf die sowjetische Raketenbedrohung durch die SS 20.

Staudacher wurde Leiter der Hauptabteilung Politik, dann stellvertretender Bundesgeschäftsführer und schließlich — 1991 — zum Bundesgeschäftsführer der CDU berufen, in ein Amt, das nach den Worten Hintzes keineswegs „zu den ruhigen und bequemen Jobs in Bonn“ gehört.

Hintze: Wer einmal hinter die Kulissen eines Parteitags geschaut hat, wer die

Vorbereitung und Durchführung von Bundestags- und Europawahlkämpfen miterlebt hat, weiß, wieviel Nervenkraft und kreative Phantasie das fordert.

Staudacher habe als jemand, der politisches Management nicht allein als Organisationsaufgabe versteht, sondern als politische Aufgabe, zu der auch Überzeugung und menschliche Führung gehören, sein Amt in hervorragender Weise und erfolgreich geführt.



Ein Beispiel nur aus der Zeit nach der Regierungsübernahme: Staudacher hat dafür gesorgt, daß das heute so brisante Thema Pflege öffentlich wurde und

die CDU bereits in den 80er Jahren auf einem ihrer Bundesparteitage ein Pflegekonzept beschließen konnte.

Größte Herausforderung: die deutsche Einheit mit dem Aufbau der neuen Landesverbände und vielen Aktionen, gipfelnd in den „Wochen der CDU“, „mit viel viel Unterstützungsarbeit und Koordinationsarbeit“.

„Kantiger Franke“

Einen „kantigen Franken“ nannte Hintze den scheidenden Bundesgeschäftsführer, mit viel Energie und kräftigem Schwung auf das Ziel zu, ähnlich dem Nashorn, das auf seinem Schreibtisch im zehnten Stock stand, dabei auch immer mit einem Schuß Humor.

Hintze: „Ich glaube, das Land Mecklenburg-Vorpommern wird diese Energie und diese sympathische politische Kraft zu schätzen wissen.“

Einführung in Grundlagen und Probleme des deutschen Presse- und Medienrechts

26. und 27. Mai 1993 im Konferenzgebäude der Bundeswehr, Görmarsche Landstraße 80, O-5700 Mühlhausen/Thüringen. Anmeldeschluß: 15. Mai

Das Landratsamt Mühlhausen wird am 26. und 27. Mai 1993 eine Konferenz zu allgemeinen und besonderen presse- und medienrechtlichen Problemstellungen veranstalten. Die Veranstaltung soll solide und praktikable Kenntnisse zum Presse- und Medienrecht vermitteln und damit das juristische Rüstzeug für die tägliche Arbeit verleihen.

In den Hauptvorträgen werden Erläuterungen zur publizistischen Wahrheitspflicht und zu urheberrechtlichen, wettbewerbsrechtlichen und vertraglichen Schranken der Nachrichtenbeschaffung und Auskunftsansprüchen der Medien vorgenommen.

Vertreter aus der Praxis,

● Dirk Kremser, Direktionsreferent des Mitteldeutschen Rundfunks, Landesfunkhaus Erfurt, und

● Stephan Peplies, Landratsamt Mühlhausen, Leiter des Amtes für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,

untersuchen konkrete Formen der Informationsbeschaffung und -verarbeitung hinsichtlich ihrer rechtlichen Tragfähig-

keit, stellen straf- und zivilrechtliche Grenzen der Recherchen dar und gehen auf Fragen des Persönlichkeitsrechts ein. Neben der Vermittlung von Grundlagenwissen zu allen rechtlichen Fragen der Pressearbeit soll in Workshops auf konkrete Probleme der Konferenzteilnehmer eingegangen werden. In Arbeitskreisen Zivilrecht und Strafrecht werden vorrangig Fälle aus der juristischen Praxis veranschaulicht. Die Konferenzteilnehmer sollen befähigt werden, auch in Konfliktsituationen rationell und sachkompetent zu handeln und zu entscheiden.

Die Anmeldung zur Konferenz beim Landratsamt Mühlhausen, Lindenbühl 28/29, O-5700 Mühlhausen, wird mit Eingang einer schriftlichen Anmeldungserklärung verbindlich.

Die Teilnahmegebühr für die Konferenz beträgt 470 DM, einschließlich Mittagmenüs und Kaffeepausen an zwei Konferenztagen, Stadtführung und Konferenzunterlagen mit Gesetzessammlungen.

Das Landratsamt Mühlhausen führt seine Konferenzinnahmen nach Abzug aller ihm in Verbindung mit der Konferenz entstehenden Kosten den Behindertenwerkstätten Mühlhausen zu.

Die Teilnahmegebühr wird mit der Anmeldebestätigung fällig.

Kompakt-Info über „Maastrichter Vertrag“

Als jüngste Publikation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist in der Schriftenreihe „Bürgerinformation“ eine Broschüre zum Thema „Der Vertrag von Maastricht — Fragen und Antworten zur politischen Union Europas“ erschienen.

Der Text ist sprachlich einfach und vermeidet Fachbegriffe.

Die Broschüre kann kostenlos angefordert werden bei der:

CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dokumentation, Tel. (02 28) 16-90 03



Das CDU-Glücksrad ist immer ein besonderer Anziehungspunkt bei Ihrer Veranstaltung, mit dem Sie sofort die Aufmerksamkeit der Besucher auf den CDU-Stand lenken können. Die Gesamthöhe beträgt ca. 1,70 m, der Raddurchmesser ca. 1,30 m, der Preis 295,— DM zzgl. MwSt. und Versand. Bestellungen bitte schriftlich an: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, Herrn Geiser, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, oder per Fax: (0228) 544-372.

**Ab sofort in unserem
Versandzentrum in
Vermold zu bestellen:**

● Bestell-Nr.: **5586**
Verpackungseinheit: 50 Exemplare
Preis je Verpackungseinheit:
14,50 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Vermold
Fax (05423) 41521

Die Preise verstehen sich zuzügl.
MWSt. inkl. Versand.

CDU-DOKUMENTATION 12 / 1993

Erziehung, Ausbildung und Bildung
in unserer freiheitlichen Demokratie:

**Für die
Humane
Leistungsschule
und ein
leistungsfähiges
Hochschulsystem**

Diskussionsentwurf
zur Vorbereitung
des 4. Parteitages,
12. bis 14. Sept. 1993
in Berlin



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Am 23. April hat Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus die Broschüre „Zeit zum Aufkla(e)ren. Engholm und die Kieler Schubladenaffäre“ vorgestellt. In dieser Dokumentation ist zusammengetragen, was in den vergangenen Monaten nur scheinbar publiziert wurde.

Zu bestellen im:

**IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold**

**Bestell-Nr.: 5579
Verpackungseinheit:
25 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 18,75 DM.**

Die Preise verstehen sich zuzügl. MwSt inkl. Versand.

UID

14/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.